



## **Kostenexplosion im Pflegebereich - Viele Betroffene werden zum Sozialfall**

Bericht: Andreas Rummel

Kamera: Benedikt Fitzke, Markus Janssen

Schnitt: Jörg R. Müller, Lino Hesper

### **Torsten Harnisch, Angehöriger**

**„Mein Schwiegervater ist seit Februar im Heim. Die Kosten, die wir dazu bezahlen müssen, sollen jetzt steigen auf 2.800 Euro. Die bisherigen Kosten konnte er sich gerade noch so leisten. Aber bei dem, was jetzt kommt, reicht die Rente nicht mehr!“**

Bei der Verbraucherschutzzentrale Sachsen-Anhalt suchen derzeit viele Angehörige von Pflegebedürftigen, die im Heim leben, Hilfe. Denn landauf landab erhöhen die Pflegeheime ihre Preise – und zwar drastisch.

### **Torsten Harnisch, Angehöriger**

**„Das sind von 1.900 Euro auf 2.700 Euro – das sind fast 800 Euro mehr!“**

Und das bei einer Durchschnitts-Bruttorente in Sachsen-Anhalt von gerade mal 1.353 Euro.

### **Josefine Pönicke, Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt**

**„Das ist für die Verbraucher unheimlich belastend. Auch für die Angehörigen, für die Pflegeheimbewohner selber, so belastend, dass es oft zu Tränen kommt, ja. Oft dazu kommt, dass wir die Anrufer auch aufbauen müssen, weil sie wirklich nicht weiterwissen!“**

Für seinen Schwiegervater, erzählt Torsten Harnisch, war die Nachricht der neuen Heimpreise auch psychisch eine Katastrophe.

### **Torsten Harnisch, Angehöriger**

**„Ein großer Wunsch meines Schwiegervaters ist es, seinen Enkeln was zu hinterlassen. Und als wir ihm gesagt haben, dass sein Vermögen aufgrund dieser 800 Euro mehr bald aufgebraucht ist und er Sozialhilfe beantragen muss, hat er gesagt: Dann müsst ihr mich halt erschlagen, ich selber kann´s ja nicht machen.“**

Ein Heim der Diakonie Weimar–Bad Lobenstein in Thüringen.



**„Ach Petra, hallo! Sie sehen ja wieder so strahlend aus wie das Nummerngirl beim Fernsehballer! So danke schön.“**

Charlotte Mittmann kommt nahezu täglich zu ihrem Mann ins Heim. Gerade wurde den beiden eine kräftige Erhöhung des Eigenanteils an den Heimkosten angekündigt.

#### **Charlotte Mittmann, Angehörige**

**„Ja, wir haben hier ein Schreiben bekommen vom Seebach-Stift, dass also ab sofort der Eigenbeitrag um 600 Euro steigen wird. Das ist schon ein ganz schöner Hieb, der einen da erwartet! Das würde dann also bedeuten, dass wir etwa 3.100 selbst bezahlen. Und es ist auch in Aussicht gestellt, dass das nicht das Ende vom Lied ist!“**

3.100 Euro aus der eigenen Tasche, Monat für Monat – die Rente der beiden reicht dafür nicht mehr, es geht an die Ersparnisse.

In den vergangenen Jahren stieg der von den Betroffenen selbst zu zahlende Eigenanteil an den Heimkosten kontinuierlich – im bundesweiten Durchschnitt von 2018 bis zum Juli dieses Jahres auf 2.248 Euro. Und unsere Recherchen zeigen: Deutschlandweit gibt es etliche weitere Heime, die mit den aktuellen Erhöhungen der Eigenanteile in den Bereich von 3.000 Euro und mehr pro Monat kommen.

Viele Heime sehen sich in einer Zwangslage. Vor allem seit dem 1. September – denn jetzt muss den Angestellten Tariflohn oder in vergleichbarer Höhe bezahlt werden. Bernd Lindig ist wissenschaftlicher Leiter bei der Marie Seebach Stiftung in Weimar, die dieses Pflegeheim betreibt.

#### **Bernd Lindig, Wissenschaftlicher Leiter Marie Seebach Stiftung, Weimar**

**„Die Erhöhung kommt vor allem aus den gestiegenen Lohnkosten, und das ist wirklich ein Schraubstock, zwischen dem wir zerrieben werden im Moment, und zwar an vielen Stellen, in der Leitung und auch das Personal vor Ort. Einerseits sollen Mitarbeitende gut entlohnt werden. Wir brauchen sie, das wissen wir, die Gesellschaft braucht sie. Jetzt kommt eine Anpassung an Tariflöhne, die wir auch vornehmen, zu der wir gesetzlich gezwungen sind, und die Kosten dafür landen aber im jetzigen System noch immer direkt bei den Bewohnerinnen und Bewohnern oder den Angehörigen.“**

Genau das sollte eigentlich nicht passieren. Das sagte im vergangenen Juni der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn bei der Verabschiedung der Pflegereform, mit der die Zahlung von Tariflohn zur Pflicht gemacht wurde.



**Jens Spahn, im Juni 2021 Bundesgesundheitsminister**

**„Und abschließend, Herr Präsident, gehört dazu auch, dass wir diese steigenden Kosten bei besserer Bezahlung und mehr Personal nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Familien gehen lassen und sie nicht überfordern.“**

Diese Regelung trat im Januar in Kraft. Zusätzlich zu dem seit Jahren gezahlten – und seit Jahren unveränderten – Anteil der Pflegeversicherung an den Kosten zahlen die Pflegekassen jetzt einen weiteren Zuschlag zu den Pflegekosten, gestaffelt nach der Aufenthaltszeit im Heim. Im ersten Jahr werden 5 Prozent des Eigenanteils der Pflegekosten übernommen. Ab dem zweiten Jahr 25 Prozent, ab dem dritten 45, und ab dem vierten Jahr im Heim 70 Prozent.

Die Zuschüsse greifen also ab dem dritten Jahr spürbar. Allerdings ist nach Berechnungen der Ersatzkassen nur ungefähr die Hälfte der Heimbewohner länger als zwei Jahre im Heim. Wer sich das Heim nicht leisten kann, muss Sozialhilfe beantragen. Die Zahlen der Stadt Leipzig zeigen, dass sich die Kosten für die Kommune dafür in den letzten Jahren mehr als verdreifacht haben – und dass auch in diesem Jahr ein weiterer Anstieg erwartet wird – bis zu 14 Millionen.

Der Sprecher der Stadt sagt uns, dass die aktuellen Zuschüsse für die Pflegebedürftigen längst nicht ausreichen.

**Matthias Hasberg, Sprecher Stadt Leipzig**

**„Ich vermute, dass die Steigerung, die wir jetzt gesehen haben, erst der Anfang ist. Die Kalkulation, die wir jetzt sehen, ist, dass sich die Angehörigen auf eine weitere Steigerung von bis zu 500 Euro pro Monat ab September diesen Jahres einstellen müssen. Und ab September nächsten Jahres um weitere 500 Euro. Und da wissen wir als Stadt ganz genau: Ein Großteil davon, wenn nicht alles, wird an den Sozialkassen hängen bleiben!“**

Ein privates Pflegeheim in Gröbzig, Sachsen-Anhalt. Die Leiterin Annett Rabe spart derzeit, wo sie kann. So zum Beispiel beim Licht im Speisesaal, das sie heute nur für uns heller macht. Außerdem hat sie sich mit Blick auf den Winter 120 Decken liefern lassen

**Annett Rabe, Pflegeheim Fuhneau**

**„Wir werden sicherlich ein paar Sachen anpassen müssen.“**

**Frage: Was heißt das, anpassen?**

**Rabe: „Na ja, so ein bisschen vielleicht die Heizung runter drehen, auf jeden Fall. Nicht doll, weil die Leute wirklich frieren. Oder dass in den Fluren nicht mehr beheizt wird – um das wenigsten einzusparen. Und dass sie dann gemütlich sitzen**



**können und nicht frieren, habe ich einfach 120 Decken gekauft, vorsorglich, weil ich befürchte, dass es bald auch gar keine mehr gibt – weil alle das machen müssen!“**

Auch in diesem Heim soll der Eigenanteil, den die Bewohner zu bezahlen haben, zu Beginn des kommenden Jahres in die Nähe der 3.000 Euro monatlich steigen. Immer wieder muss Annett Rabe deshalb Gespräche mit verängstigten Heimbewohnern, wie Charlotte Heinemann, führen.

**Charlotte Heinemann, Heimbewohnerin**

**„Das ist die Angst da, dass man das nicht mehr bezahlen kann. Und wenn der Staat da nicht wirklich uns ein bisschen Zuschuss gibt – ich weiß nicht, wie das dann werden soll!“**

Sozialverbände sind der Ansicht, dass sich diese hohe Belastung der Heimbewohner nicht mehr vertreten lässt und fordern einen Umbau des Systems – damit nicht weiterhin jede Kostensteigerung zu Lasten der Betroffenen geht.

**Ulrike Kempchen, BIVA Pflegeschutzbund**

**„Wir, der Biva Pflegeschutzbund fordert schon seit Jahren, dass wir hier eine Veränderung der Finanzierung haben: nämlich dass die Eigenanteile der Betroffenen festgelegt werden und darüber hinausgehende Kosten zum Beispiel von der Pflegeversicherung getragen werden, sodass der Betroffene weiß: Wenn ich ein Heim ziehe, habe ich einen bestimmten Eigenanteil und darüber hinaus kommen keine Kosten auf mich zu.“**

Das wäre eine Art Umkehrung des bisherigen Systems. So etwas aber braucht Zeit, sagt der Sozialwissenschaftler Professor Klaus Wingenfeld. In der jetzigen Krise jedoch müsse Hilfe schneller kommen.

**Prof. Klaus Wingenfeld, Institut für Pflegewissenschaft, Universität Bielefeld**

**„Als Sofortmaßnahme ist das sicherlich nicht der richtige Weg, glaube ich. Da würde es sich eher anbieten, die Mittel zu nutzen, die wir jetzt haben. Das heißt beispielsweise im Heimbereich die Zuschüsse, die es seit Anfang des Jahres gibt, das könnte man ausbauen, dieses System anpassen weiterentwickeln.“**

Wir wollen wissen, wie sich die seit Januar gezahlten Zuschüsse konkret bei den Betroffenen auswirken. Das Bundesministerium für Gesundheit teilt uns mit, dass durchaus eine spürbare Entlastung erfolgt sei. Zwar habe der bundesweite Durchschnitt der Eigenanteile im Juli bei mehr als 2.200 Euro gelegen, aber: Zitat:



**„Dem steht eine durchschnittliche Entlastungswirkung durch die Eigenanteilsbegrenzung von 368 Euro gegenüber. Damit kann diese Regelung bei den vom „Tariftreuegesetz“ betroffenen Einrichtungen zumindest einen erheblichen Teil der entstehenden Mehrkosten ebenfalls auffangen.“**

Doch wie weit kommt man derzeit mit 368 Euro pro Monat? Annett Rabe hat für die 94-jährige Charlotte Heinemann, die immerhin den höchsten Zuschuss von 70 Prozent erhält, deren Gesamtkosten ausgerechnet, die sich mit der absehbaren Steigerung des Eigenanteils in diesem Heim, für sie ergeben.

**Annett Rabe, Pflegeheim Fuhneau**

**„Frau Heinemann hat letztes Jahr noch monatlich 1.719 Euro zugezahlt als Eigenanteil, durch den Leistungszuschuss Anfang diesen Jahres wurde das ein bisschen geschmälert und sie bezahlte nur noch 1.316 zu, und wenn die Erhöhungen alle durch sind, die jetzt anstehen und auch nötig sind, damit das alles geleistet werden kann, wird sie am Ende 2.200 Euro zuzahlen oder 2.300, je nachdem, wo die Reise hingeht.**

**Frage: Also ungefähr 500 mehr als in der Zeit, bevor der Zuschuss kam?**

**Definitiv.**

Zurück zur Diakonie Weimar–Bad Lobenstein, die auch Träger dieses Heimes in Erfurt ist. Martin Gebhardt ist zuständig für allein zehn Pflegeheime in Thüringen. Auch er rechnet damit, dass in naher Zukunft immer mehr Heimbewohner auf die Unterstützung der Sozialkassen angewiesen sein werden.

**Martin Gebhardt, Diakonie Weimar – Bad Lobenstein**

**„Als ich vor 30 Jahren die Arbeit in der Altenpflege begann, kam gerade die Pflegeversicherung. Und hat diesen wichtigen Schritt getan, dass ich nicht mehr mit der Pflegebedürftigkeit zum Sozialhilfeempfänger wurde. Und wir sind nach 30 Jahren wieder an der gleichen Situation angekommen. Ich denke, wir sind jetzt auf einem Weg, wo wir mindestens 50 Prozent der Bewohner haben, die auf Sozialhilfe angewiesen ist. Und in manchen Regionen ist es bei jedem Neuen, der ins Heim zieht, dann ein Sozialhilfefall!“**